

Auch mit der *Unwiderlegbarkeit der Zerrüttungsvermutung* nach drei Jahren Trennung habe der Gesetzgeber seinen Gestaltungsbereich nicht überschritten. Das Argument, mit dem die Verfassungsrichter den Vorwurf des „Scheidungsautomatismus“ widerlegen, ist allerdings schwach. Auf den Gestaltungs- bzw. Entscheidungsspielraum des Richters durch Aussetzung des Verfahrens als Gegenargument zu verweisen überzeugt nicht. Da wäre es schon ehrlicher gewesen, einfach zuzugeben, daß im Falle einer konsequenten und logisch überzeugenden Einführung des Zerrüttungsprinzips gar nichts anderes übrig bleibt, als nach festen Fristen zu verfahren, weil alles andere systemstörend wäre.

Dennoch bleibt hinsichtlich dieser konsequenten Durchführung des Zerrüttungsprinzips ein *Unbehagen*, das ein Teil der Richter mit einem beträchtlichen Teil der Öffentlichkeit gemein hat. Das läßt sich ablesen an der Gespaltenheit des Bundesverfassungsgerichts in der Beurteilung der Begrenzung der immateriellen Härteklausele auf fünf Jahre. Zwar konnten die vier Richter, die die Begrenzung der Härteklausele befürworteten, für ihre Argumentation ins Feld führen, daß eine Ehe nach fünf Jahren Trennung endgültig gescheitert sei, entspreche der Lebenserfahrung. Dem widersprachen die vier anderen Richter auch nicht, meinten aber, im Falle einer außerordentlichen Härte für den nichtscheidungswilligen Partner sei auch die Nichtscheidung einer gescheiterten Ehe u.U. geboten.

Zwei Richter, die auch verfassungsmäßige Bedenken gegen die unwiderlegbare Zerrüttungsvermutung hatten, vertraten sogar die Meinung, es könne *geboten* sein, daß Ehen unscheidbar bleiben. Es gelte das Vertrauen, „daß ein Ehepartner die Ehe nicht einseitig gezielt und böswillig aufkündigen kann“, zu schützen. Das gleiche Argument bewegt wohl auch jene 57 Prozent der erwachsenen Bevölkerung, die nach einer Allensbach-Umfrage von Anfang 1980 es „nicht gut“ finden, daß bei Ehescheidungen keine Schuldfeststellung mehr getroffen wird.

Erwin Wilkens schrieb in einem Kommentar zu den 1980er Urteilen: „Der ... Widerspruch zwischen einem im Verfassungsrecht anerkannten hohen sittlichen Rang der Ehe einerseits und der wertfreien Regelung menschlicher und gesellschaftlicher Verfahrensabläufe im übrigen Rechtsleben andererseits verdeutlicht aufs neue die gegenwärtige Krise im Eheverständnis.“ Wilkens gab damit zweifellos eine breite Meinung in beiden Kirchen wieder. Aber das Verfassungsgericht bietet eben keinen Ausweg aus diesem Widerspruch an und veranlaßt auch den Gesetzgeber in dieser Richtung

nicht zu neuen Taten. Die Forderung des stellvertretenden Leiters des Kommissariats der Bischöfe, Johannes Niemeyer, der Gesetzgeber möge nach den Verfassungsurteilen die Eherechtsreform „noch einmal grundsätzlich überprüfen“ (vgl. KNA, 16. 7. 81), dürfte deswegen ein frommer Wunsch bleiben. Das Verfassungsgericht hat einige wenige Korrekturen angebracht und wird vermutlich weitere anbringen, die *mehr Einzelfallgerechtigkeit* ermöglichen, ansonsten aber hat er der Regierung und den sie tragenden Parteien bzw. dem Gesetzgeber auf der ganzen Linie rechtgegeben. D. S.

Polen: Die Krise und der neue Primas

„Wir leben in einer sehr schwierigen Situation, aber wir glauben, daß der Zeitpunkt kommt, wo unsere Nation sagen kann, die Krise ist überwunden.“ Diese Worte des neuen Primas von Polen, Erzbischof *Józef Glemp*, gesprochen unmittelbar nach seiner am 7. Juli erfolgten Ernennung (vgl. HK, August 1981, S. 476), scheinen eine zeitlose Gültigkeit anzunehmen. Der ihnen innewohnende Optimismus freilich beginnt schon mancherorts zu schwinden. Aber es dürfte zu den von allen Seiten an den neuen Kirchenführer herangetragenen Erwartungen gehören, Hoffnung zu verbreiten.

Ebenso schnell, wie von *Johannes Paul II.* ernannt, hat sich der Nachfolger Kardinal Wyszyński (vgl. HK, Juli 1981, S. 352–357) mit der neuen Aufgabe vertraut gemacht. Der Papst hatte gerade die von ihm selbst gesetzte 30tägige Trauerzeit verstreichen lassen, bis er die bereits zu Lebzeiten des früheren Primas abgesprochene Wahl bekanntgab. Rechtzeitig vor Beginn des *außerordentlichen Kongresses der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei* ermöglichte es die Kirche damit den politisch Verantwortlichen, sich auf ihren künftigen Gesprächspartner einzustellen. Die Bestellung eines vergleichsweise jungen und nicht der „ersten Linie“ der Metropolen zugehörigen Bischofs weist eine gewisse Parallele sowohl zu Wyszyński als auch zu dessen Vorgänger Hlond

auf, die beide bis zu ihrem Amtsantritt relativ unbekannt waren. Der Vertraute Wyszyński (in dessen Gnesener Sekretariat Glemp von 1967 bis 1979 dem Primas als Kirchenrechtler zuarbeitete) wird insofern neben der auf Ausgleich und Vermittlung bedachten kirchenpolitischen Kontinuität auch die Einheit im Episkopat zu wahren vermögen. Außer dem Vorteil, sich in der Bischofskonferenz keiner bestimmten Strömung angeschlossen zu haben, kommt Glemp die Tatsache zugute, daß er – seit die gemischte Staat-Kirche-Kommission im Herbst vergangenen Jahres wiederbelebt wurde – auch Konzept und Taktik der neuen Autoritäten Polens näher analysieren konnte. Man sagt ihm nach, mit seiner Teilnahme an den Sitzungen dieses Gremiums wesentlich zur Versachlichung der Debatte beigetragen zu haben.

Solch günstige Disposition ist angesichts der politischen und wirtschaftlichen Lage auch ein Kapital, dessen der neue Primas nicht genug haben kann. Denn der freimütig wie noch nie vorbereitete Parteitag vom 14. bis 20. Juli hat keineswegs die schnelle Wende gebracht. Und auch der 1. Jahrestag des am 31. August 1980 zwischen Regierung und „Solidarität“ geschlossenen Abkommens gibt weniger Anlaß zur Freude als zur Skepsis. Und daß der Nationalkongreß der freien Gewerkschaftsbewegung im September den

Trendwechsel bringen wird, glauben auch die Führer der „Solidarität“ nicht. Kraftproben zwischen Regierung und Gewerkschaft werden nicht nur den Spätsommer, sondern einen weit längeren, kaum eingrenzbaaren Zeitraum charakterisieren. Der *Wechsel zwischen dem Scheitern von Verhandlungen* und – häufig nur kurzfristigen – Kompromissen beginnt typisch zu werden. Die nicht selten hilflose Bereitschaft der kommunistischen Führung, dem Unmut ein Forum zu geben, die – zu Lasten konkreter Beschlüsse über eine durchgreifende Wirtschaftsreform – bereits den Parteitag kennzeichnete, korrespondiert mit dem Glauben offenbar nicht weniger Anhänger der „Solidarität“, weitere Streiks – deren Mannigfaltigkeit mittlerweile italienische Züge anzunehmen beginnt – vermöchten einen Ausweg zu weisen.

Das „Nebeneinander von Erneuerungseuphorie und Angst vor der Zukunft“ wirkt lähmend. Das „Fort-schreiten der Desintegration“ läßt westliche Beobachter schon die Frage diskutieren, ob die polnische Reformbewegung nach Stationen des Erfolges nicht doch wieder an den Punkt ihres Ausgangs zurückkehren muß. Andere sprechen sogar von der Gefahr einer „Spaltung der müden Nation“, deren Menschen – laut einer polnischen Umfrage vom August – zu 41 Prozent die politische Erneuerung nicht mehr zu spüren glauben. Die Sowjets, deren größtes Druckmittel die Unbestimmtheit und nicht die Bestimmtheit ist, suchen das Risiko eines wirtschaftlichen Bankrotts ihres Nachbarn einzudämmen: Mitte August jedenfalls konnte der wiedergewählte Parteichef Kania von einem Besuch bei Breschnew auf der Krim mit der Zusicherung zurückkehren, die UdSSR werde die Schulden Polens bis 1985 stunden und ihre Lieferungen an Nahrungsmitteln und Konsumgütern erhöhen. Offenkundig wird es die sowjetische Führung weiterhin vorziehen, den Erneuerungsprozeß in Polen zwar kritisch zu kommentieren, auf verschiedene Weise zu bremsen und so in für sie gerade noch annehmbaren Grenzen zu halten, aber nicht zum letzten Mittel direkter militärischer Intervention greifen. Und so

gesehen bleiben Regierung und „Solidarität“ noch zu unzähligen Kompromissen verdammt, für die Kommunisten Kompromisse mit einer Gewerkschaft, die – so Walesa – zwar nicht die Macht, aber die Kontrolle der Macht anstrebt.

Steht Polen damit, wie es „Alt“-Dissident *Adam Michnik* prophezeit, vor andauernden „Hungeraufständen“? Oder könnte, wie Optimisten glauben, ein Abbau doktrinäer und bürokratischer Hemmnisse bei verhältnismäßig geringem finanziellen Aufwand die Leistungsfähigkeit von Landwirtschaft, Handwerk und Kleinindustrie wieder steigern? Das *Doppel-Moratorium in Ost und West für Polens Auslandsschulden* von umgerechnet schätzungsweise 67 Milliarden DM schafft Erleichterung, aber die Devisenerlöse (Rückgang im Juni und Juli: 30 und 35 Prozent) müßten dennoch steigen. „Solidarität“ ist prinzipiell bereit, die als notwendig erkannten Preiserhöhungen bei Lebensmitteln zu akzeptieren, verlangt aber, diese einzubinden in eine allgemeine Wirtschaftsreform. Indes: Könnte die Gewerkschaft ihrer Basis Betriebsschließungen, Arbeitslosigkeit und Umsiedlungen plausibel machen? Die inneren Auseinandersetzungen von „Solidarität“ vor und nach dem September-Kongreß werden auch um diesen Punkt kreisen. Einstweilen bleiben sowjetische Lieferungen unter Weltmarkt-Preis, westliche Kredite und – materiell wie psychologisch kaum zu unterschätzende – Hilfsaktionen caritativer Art gleichermaßen gefragt.

Vor lauter Sorge um die Erhaltung des inneren und äußeren Friedens kommt deshalb die katholische Kirche in Polen derzeit gar nicht einmal dazu, ihre Rechte einzufordern. Der kaum für überschwängliche Einschätzungen bekannte Kongreß „Kirche in Not“ qualifizierte Anfang August in Königstein/Taunus das Verhältnis zwischen Staat und Kirche in Polen als „gut bis sehr gut“. Nur ein Bündnis aller Polen, „Gläubiger und Ungläubiger“, so hatte der Parteikongreß zuvor appelliert, könne das Land aus der Krise führen. Kirchenfragen ressortierten in der ZK-Hierarchie weiterhin direkt

bei Parteichef Kania. Ein von den fast 2000 Delegierten bei nur wenigen Gegenstimmen beschlossenes neues Statut erlaubt fortan auch Christen und Angehörigen anderer Religionsgemeinschaften die Mitgliedschaft in der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei „im Einklang mit den Grundsätzen ihres Programmes“, das sich nur noch „global“ für die „wissenschaftliche Weltanschauung“ einsetzt.

Ein gewisser Mißton erklang am Vorabend des Parteitages, als sich das scheidende Zentralkomitee zwar befriedigt über die *Entwicklung zwischen Staat und Kirche* äußerte, in seinem Bericht aber auch vermerkte, ein Teil des Klerus und der katholischen Laien versuche, den Verfassungsgrundsatz der Trennung von Kirche und Staat zu verletzen: „Der laizistische Charakter des Staates ist nicht nur eine Notwendigkeit seiner zeitgemäßen Organisation, sondern er garantiert auch die Religionsfreiheit und die Gleichheit der Rechte aller Religionen.“ Versöhnlich stimmte tags darauf wieder die Rede Kantias, der der katholischen Kirche ausdrücklich für Besonnenheit, Realismus und Verantwortungsgefühl in der politischen Krise dankte. Geknüpft an eine eigene Würdigung des verstorbenen Primas Wyszyński, sagte der Parteichef, man wolle die Vereinbarungen mit der Kirche ausweiten und alle Konfliktsphären einschränken.

Der neue Primas ist noch vor seiner feierlichen Inthronisation am 13. September in Gnesen und am 24. September in Warschau nach Rom gereist. Glomp, der bereits kurz vor seiner Ernennung den Papst in der Klinik besucht hatte, kann sich der steten Unterstützung Johannes Pauls II. sicher sein, den nicht wenige für den „wahren“ Primas Polens halten. In Polen hofft man bereits, der Papst werde 1982, zum Jubiläum der Madonna von Tschenstochau, ein zweites Mal nach Polen reisen.

Bereits unmittelbar nach seiner Rückkehr wurde Erzbischof Glomp von der „Solidarität“ wie von der Partei um Vermittlung gebeten. Ein rasch zustande gekommenes erstes Gespräch zwischen Parteichef und Primas en-

dete am 12. August mit dem gemeinsamen Kommuniqué, es sei „um Angelegenheiten von großer Bedeutung für Polen, die Kirche und die ganze Nation“ gegangen. Einig waren sich Glemp und Kania darin, daß Polen gegenwärtig am dringendsten „nationale Einheit, soziale Ruhe, harte Arbeit und gutes Management“ brauche. Glemp versicherte, die Kirche werde alles in ihrer Macht Stehende tun, um die über Polen schwebenden Gefahren abzuwenden. Auch der Haupttrat der Polnischen Bischofskonferenz äußerte sich am 14. August in gleicher Weise. In mehreren Interviews und Statements in Polen und in Rom hat der neue Primas seine *kirchenpolitische Linie* in Umrissen skizziert.

Bereits bei Glemps Antrittsbesuch bei Ministerpräsident *Jaruzelski* hatten eigentliche Kirchenfragen erst an letzter Stelle gestanden; vorrangig schien beiden „die Sicherung der inneren Ruhe, die gedeihliche Entwicklung des Erneuerungsprozesses im Lande und die Überwindung der Krisensymptome“. „Das sind ehrliche Leute“, meinte der Primas nach seinen ersten Kontakten mit der Regierung in Warschau. Ausdrücklich dankte er all jenen Ländern, aus denen derzeit Hilfsgüter nach Polen geschickt werden. Diese Gesten der Solidarität, „auch wenn sie wie ein Tropfen im Meer der Not erschienen“, stärkten und ermutigten seine Landsleute. Gewarnt hat Glemp die polnische Bevölkerung jedoch vor Ehrgeiz und Verlogenheit in den sozialen Beziehungen.

Über diese allgemeinen Bemerkungen hinaus verdienen drei spezielle, vom Primas angesprochene Punkte Beachtung: sein *Verhältnis zu „Solidarität“*, seine Kontakte zu den katholisch-politischen Gruppierungen „Znak“ und „Pax“ sowie seine Aussagen zur Ökumene. In einem zwei Wochen vor Bekanntgabe seiner Ernennung veröffentlichten Interview mit dem Krakauer „Znak“-Wochenblatt „Tygodnik Powszechny“ sagte Glemp, die Kirche beschäftige sich intensiv mit den Problemen und Anschauungen von „Solidarität“, wolle aber die Gewerkschaft nicht beherrschen: „Ich weiß, daß die Mitglieder der ‚Solidari-

rität‘ der Kirche angehören, deshalb wird sie ihnen auch immer mit ihrem Schutz zur Seite stehen und in Kontakt bleiben – vor allem als Seelsorger.“ Allerdings werde sich die Kirche dagegen wehren, daraus eine politische Angelegenheit zu machen.

Gleich nach seiner Ernennung gab Glemp der Warschauer Tageszeitung „*Ślowo Powszechnie*“ ein Interview; das Blatt wird von der „*Pax*“-*Bewegung* herausgegeben, die in der Zeit von Gomulka und Gierak als regierungsnah galt, sich aber seit dem vergangenen Jahr bemüht, Parallelen zur „Solidarität“ zu demonstrieren. Vor seiner Abreise nach Rom empfing Glemp eine „Pax“-Delegation unter Leitung ihres Präsidenten, *Ryszard Reiff*. Eine weitere Unterredung hatte der Primas mit Vizepremier *Jerzy Ozdowski*, früher „Znak“, nach deren Spaltung 1976 (vgl. HK, Mai 1977, 224 ff.) „Odiss“. „Pax“ und „Odiss“ (seit kurzem unter dem Namen PZKS – Polnischer Katholisch-Sozialer Verband – auftretend) sind augenscheinlich sehr daran interessiert, ihre Konflikte mit dem Episkopat möglichst beizulegen.

Nach der Hauptversammlung von „Pax“ im Herbst dürfte dies stärkere

Konturen annehmen. Der neue Primas jedenfalls hat für den Episkopat Gesprächsbereitschaft zu allen Gruppen signalisiert.

Es scheint, daß Glemp – nach polnischen Maßstäben – dem Zweiten Vatikanischen Konzil und den damit in der Kirche eingeleiteten Wandlungen aufgeschlossener als sein Vorgänger gegenübersteht. Vielleicht wird er den Horizont der polnischen Kirche zu weiten versuchen. Seine bisherigen Äußerungen lassen Offenheit, aber nicht Leidenschaft erkennen, wenn es um Theologie und Kirchenreform geht. In Kreisen der polnischen Protestanten schließlich ist die Ernennung Glemps mit gemischten Gefühlen aufgenommen worden. Als Bischof der Diözese Warmia/Ermland war Glemp in die Auseinandersetzungen um die Nutzung evangelischer Kirchen durch Katholiken verwickelt. Ein Verkauf von acht Kirchen an die Katholiken hat eine regionale Beilegung des Streits gebracht. Glemp kündigte an, er wolle die Verhandlungen über solche Kirchenkäufe fortsetzen. Grundsätzlich meinte er, Probleme der Ökumene ließen sich, soweit es um Fragen des Gottesdienstes, der Liturgie und des Glaubensgeistes gehe, günstig lösen. M. H.

Lourdes: Konsequenzen der Eucharistie

Nicht auf die Quantität, sondern auf die Qualität komme es an, meinte Kardinal *Bernardin Gantin*, Legat des Papstes beim 42. Eucharistischen Weltkongress in Lourdes, dort bei einer Pressekonferenz. Diese Gegenüberstellung legte sich im Blick auf den Kongress, der unter dem Leitwort „Jesus Christus – das Brot, gebrochen für eine neue Welt“ vom 16. bis 23. Juli stattfand, nahe: Schließlich nahmen anstatt der erwarteten und eingeplanten 50 000 bis 60 000 nur etwa 27 000 offizielle Delegierte aus 100 Ländern teil, darunter etwa 16 000 aus Frankreich und nur 700 aus der Bundesrepublik. Hierzulande war der Kongress, obwohl er – im Unterschied zu den vier letzten Weltkongressen – in einem

Nachbarland stattfand, nur auf wenig Interesse gestoßen. Dafür war die Zahl der Länder, die durch kleinere oder größere Delegationen in Lourdes vertreten waren, größer als bei allen früheren Eucharistischen Weltkongressen.

Die beträchtliche *Diskrepanz zwischen erwarteter und tatsächlicher Teilnehmerzahl* hatte nicht zuletzt damit zu tun, daß Johannes Paul II. als Folge des Attentats vom 13. Mai seinen vorgesehenen dreitägigen Besuch in Lourdes absagen mußte. Damit mußte der „Kongress für einen Tag“ mit einer Eucharistiefeyer mit dem Papst auf dem Flugplatz von Lourdes als Höhepunkt entfallen, zu dem alle französischen Katholiken eingeladen waren und für den